

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellbar. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Verlagsort: Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bei Langzeilen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach: Hannover 67377.

Nr. 128.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 5. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Wenn Gott des Schiffleins Steuer wahr,
Dann hab' ich allzeit gute Fahrt,
Und ist der Hafen noch so fern,
Mich führt zum Ziel die Hand des Herrn.

Martin Ulbrich.

Evangelisch-sozialer Kongreß in Duisburg.

Der diesjährige evangelisch-soziale Kongreß, der in der vorigen Woche in Duisburg stattfand, wurde eingeleitet durch einen Eröffnungsgottesdienst, in dem Generalsuperintendent D. Zöllner in seiner Predigt auf die Schöpfungsordnung hinwies, die wieder zur Macht werden müßte in einer Zeit, in der der Mensch sich zum Herrn der Erde proklamiert. Aber Gott ist der Herr. Seine Herrschaft breitet er aus durch die Gemeinde der Glaubenden. Dieser heimliche Weg, seine Ehre aufzurichten, kommt aus seiner Gnade, die das Unkraut mit dem Weizen wachsen läßt bis auf den großen Tag des Gerichts.

Der Dienstag stand als erster Verhandlungstag unter dem Thema: Die Gefahren der Bürokratisierung in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons leitete die Verhandlung ein mit einer Einführung in die diesjährige Thematik des Kongresses. Die abstrakte Formulierung der Themen angesichts so brennender Tagesfragen wie etwa der Arbeitslosigkeit usw. erklärt sich aus der ganzen Richtung evangelisch-sozialer Arbeit, die über den Tag hinaus schauen will in der Bestimmung auf die Grundlagen von Verwaltung und Gesetzgebung, wie sie im Berufsbeamtentum und in der demokratischen Verfassung vorliegen. Hier stehen Bürokratie und Demokratie — über die am zweiten Verhandlungstag gesprochen werden sollte — in der Krise.

Das Hauptreferat hatte Dr. Walter Claffen, Hamburg, übernommen, der in sehr anschaulicher Weise über den Bürokratismus in der Verwaltung, in der Politik, in der sozialen Arbeit und in der Kirche sprach, die geschichtlichen Grundlagen entwickelte, den Wert herausstellte, aber zugleich aus reicher praktischer Erfahrung seine Gefahr darin sah, daß 1. zu früh organisiert wird, 2. die Leiter eines großen Organismus oft nicht fähig oder moralisch nicht intakt sind, daß 3. die Organisationen zu groß sind und durch einen zu großen Verwaltungsapparat die sachliche Arbeit hemmen; 4. die Idee, für die organisiert wird, selbst nicht fertig ist und 5. die Idee, für die organisiert wird, erstarrt ist und pedantisch oder tyrannisch mißbraucht wird.

Die Korreferentin Frau Regierungsrat Dr. Gerda Simons, Berlin, sah die Ursache unserer Bürokratisierung darin, daß wir überall im Zeichen der Masse und des Großbetriebes stehen. Die Haltung des Massenmenschen mit seinem Trieb zur Unterordnung fordert den Schematismus heraus. Die Gefahr des Bürokratismus liegt in der Ausartung der an sich notwendigen Ordnung in den Formalismus, in der Ausartung zum Schematismus und in der Autonomisierung des Büros, das nicht mehr um des Publikums willen da ist. Diese Entartungserscheinungen wies die Rednerin bei den verschiedenen Gebieten auf, z. B. in der Fürsorge, sie sah sie im übertriebenen Formularwesen, im Kompetenzstreit der spezialisierten Behörden. Wege zur Abhilfe liegen in einer gewissen Dezentralisation, in einem selbständigen Führertum innerhalb der Beamtenschaft, in der Stärkung der Verantwortung der Beamten, die zu größerer Arbeitsfreude führt. Die Bürokratie muß wieder unter das öffentliche Gewissen. In der Aussprache über die Referate wurde u. a. auf die heutige Schwierigkeit hingewiesen, daß in der Verwaltung und vor allem in den Parteien der Bürokratismus herrscht, um die Stellung des einzelnen als notwendig zu erweisen und so einem ewigen Abbau aus dem Wege zu erweisen. Hier müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um eine neue Berufsgewinnung des Beamtentums zu gewinnen, die den Dienst an der Gesamtheit als das höchste Ziel sieht. Auch der viele Vertrieb der Kirche ist oft nicht Zeichen ihrer Lebendigkeit, sondern entspringt dem Bürokratismus und Schematismus, der etwas vortäuscht, was oft nicht da ist.

Der Mittwochabend vereinigte die Duisburger Gemeinden mit den Kongreßteilnehmern zu einem Volksabend über „Volksnot und Volksgemeinschaft“, an dem u. a. auch der Oberbürgermeister Dr. Jarres den Kongreß in dem durch die Arbeitslosigkeit so schwer darniederliegenden Duisburg willkommen hieß.

Zu dem Thema: „Demokratie in Kirche, Staat und Wirtschaft“ machte Prof. D. Piper, Münster, am Donnerstag morgen sehr anregende und viel-

seitige Ausführungen, deren Anliegen es war, aus der konkreten Lage von heute heraus in evangelischer Verantwortung Richtlinien für die Arbeit der Gegenwart aufzuzeigen. Er führte u. a. aus: Die Wirtschaftsdemokratie sucht Maßnahmen zu treffen, um alle an der Wirtschaft Beteiligten in verantwortlicher Weise an ihr zu beteiligen. Das ist bei der Masse der unselbständig gewordenen Menschen eine Schicksalsfrage. Werksgemeinschaft ist notwendig, aber ebenso auch die große sachliche Arbeitervertretung, die Gewerkschaft. Auch bei der Wirtschaftsdemokratie darf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht beeinträchtigt werden.

Weil die Kirche Bruderschaft sein soll und ihre Fragen vom Standpunkt des Glaubens behandelt werden müssen, darf es in ihr keine Aristokratie, etwa der Bischöfe, aber auch keine Mehrheitsbeschlüsse geben, sondern nur eine Verständigung auf dem Wege der Ueberzeugung.

Der Redner setzte sich in der Hauptsache mit dem Problem der politischen Demokratie auseinander. Die moderne Demokratie befindet sich in tiefergehender Krise, nicht aber das demokratische Prinzip. Unter Demokratie sind diejenigen Staatsformen zu verstehen, in denen das Staatsvolk am Zustandekommen der Regierung und ihrer Kontrolle beteiligt ist. Die Frage ist nun, ob die Demokratie Identitätsverfassung oder Repräsentativverfassung sein und welchen Inhalt sie haben soll. Bei einer Identitätsverfassung ist der Regierende Inhaber der Regierung auf Grund bestimmter metaphysischer Qualitäten. Person und Amt decken sich unmittelbar. Der Träger der Regierungsgewalt ist selbst der Grund der Regierungsgewalt. Diese Art der Verfassung tritt auf in der Monarchie und Aristokratie und heute in der Demokratie.

Dahinter steht die Anschauung des Naturrechts mit seiner Ueberzeugung von den ewigen Normen und dem Wissen von Natur aus um diese Normen. In dieser Konsequenz liegt, daß alle Glieder des Staatsvolkes an der Staatsgewalt teilhaben und daß die Entscheidung des Volkes ewigen Wert hat. Bei der politischen Repräsentation vollzieht der Repräsentant nicht aus eigener Machtvollkommenheit souveräne Regierungsakte. Er steht für ein Subjekt der Regierungsgewalt, das als solches nicht unmittelbar in Erscheinung treten kann. Das Amt ist der entscheidende Träger der Machtbefugnis (vgl. Reichspräsident). Die Weimarer Verfassung steht unter dem Gesichtspunkt der Identität, hat aber auch repräsentative Elemente aufgenommen. Eine echte Identitätsverfassung demokratischer Art liegt in der Schweiz vor. Alle moderne Demokratie ist getragen vom Gedanken der Gleichheit, d. h. daß die staatspolitisch bedeutsame Leistung nicht an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand gebunden ist. Damit ist der Gedanke der Volkssouveränität verbunden. Die Verfassung geht von der konstituierenden Gewalt des Staatsvolkes aus und ist nicht allezeit gültig. In der Praxis widerstreitet diesen Prinzipien der Mehrheitsbeschluß. Mit der Einstellung auf die Mehrheit sucht sich die Zahl der rechtsfähigen Bürger zu vermehren. Die Leistungen für den Erwerb der Staatsbürgerrechte werden immer mehr herabgesetzt, je größer der Aufgabenkreis der Regierung, desto weniger eigenes Urteil des Staatsvolkes, die Macht der Repräsentation wächst, das Volk wird praktisch ohnmächtig und es entsteht die Oligarchie des Parlaments, das nicht mehr Repräsentant des Volkes ist, sondern aus eigener Machtvollkommenheit die Geschicke des Volkes bestimmt. Eine damit verbundene, wachsende Staatsbürokratie hat nicht das Ziel, den Staat mächtiger werden zu lassen, sondern die Regierenden wachsen zu lassen.

Die eigentliche Ursache der Krise der modernen Demokratie liegt in ihrer Identitätstendenz. Wo z. B. die Person des Herrschers und seiner Familie auf göttlichen Ursprung zurückgeführt wird, da hat diese Identitätstendenz ihren Sinn in der Identitätsmonarchie. Hier kann der Herrscher tun und lassen, was er will ohne Möglichkeit der Kritik. In der Demokratie sind diese letztlich religiösen Voraussetzungen der Identität nicht gegeben, denn dann müßte das Volk jenseits aller Kritik stehen und müßte ein untrügliches Wissen um ewige Gerechtigkeit haben, das die Demokratie zu einer auf göttlichem Recht beruhenden unabänderlichen Verfassung machen würde (vgl. Menschenrechte der französischen Revolution). Beides trifft nicht zu. In der Identitätsdemokratie kommen die beiden notwendigen Voraussetzungen aller Demokratie, nämlich Nation und Staat, nicht zum Recht. Das jeweilige Staatsvolk ist nur da, weil die Nation da ist, die durch die Geschichte dauert und dem Volk seinen Zusammenhang und Inhalt gibt, das Staatsvolk trifft nur darum souveräne Entscheidungen, weil es über ihm die Ordnung des Staates gibt, die die einzelnen Glieder rechtlich zusammenhält. Wenn auch der Gedanke der politischen

Gleichheit festgehalten werden muß, in dem Sinne, daß nicht bloß einzelne, sondern das ganze Staatsvolk maßgeblich dazu beiträgt, daß der Staat seine Aufgabe erfüllt, so darf doch die Identitätsdemokratie nicht übersehen, daß Unterschiede der Begabung und Leistung staatspolitisch bedeutsam sind. Mit dem Aufweis dieses grundlegenden Irrtums der Identitätsdemokratie ist aber nicht das demokratische Prinzip unhaltbar geworden. Aus praktisch-politischen und geschichtlichen Gründen ist die Demokratie nicht nur ein Geschwätz einiger Ideologen, sondern die unentbehrliche Form der Verteilung der souveränen Staatsgewalt geworden. An der Demokratie als repräsentativer Demokratie gilt es festzuhalten. Auch wenn man über das staatspolitische Verantwortungsgefühl des Volkes verschiedener Meinung sein kann, beweist doch das starke politische Interesse den Willen zur politischen Mitverantwortung. Die Handlungen der Regierung bedürfen der starken Resonanz, das Wohl des Staates ist um so eher gewahrt, je größer die Zahl der verantwortlich Mitarbeitenden ist. Ist das demokratische Prinzip die für uns heute gegebene Form, so heißt das darum nicht, daß es für alle Zeiten diese Bedeutung hätte. Auch vom evangelischen Standpunkte aus erscheint die Demokratie als legitim. Wir sind zur Verantwortung für unsere Mitmenschen gerufen. Die Erkenntnis, wo das Gebiet der Verantwortung liegt, wechselt und wächst im Laufe der Jahrhunderte. Auf dem Gebiete der Demokratie wird uns heute die Gelegenheit geboten, verantwortlich mitzuarbeiten. Diese Gelegenheit sollen wir dankbar benützen. Außerdem ist es durch die Form der Demokratie möglich, politische Gerechtigkeit zu realisieren. Gott allein weiß, was Gerechtigkeit ist, aber wir sind doch nicht blind. Von Gottes Gerechtigkeit wissen wir aus der Offenbarung. Wir haben im Glauben kein absolutes Wissen um Gerechtigkeit, Gerechtigkeit muß immer in jeder neuen Lage neu errungen werden dadurch, daß die sich widerstrebenden Ansprüche der einzelnen nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern in friedlicher Weise zu einem Ausgleich gebracht werden. Auch hier gibt es natürlich keine reiflose Realisierung der politischen Gerechtigkeit und gibt es Mißbrauch und Ungerechtigkeit, aber die Demokratie ist die uns heute gegebene Möglichkeit zur Realisierung. (Schluß folgt.)

Das Evangelische Konkordat.

Nachdem die Landesynode der altpreussischen Union als letzter der beteiligten preussischen Landeskirchen dem Vertrag mit dem preussischen Staate zustimmte, steht die endgültige Entscheidung darüber, ob derselbe Gesetzeskraft erhalten soll, beim preussischen Landtag, dem allerdings nur die Alternative völliger Ablehnung oder rückhaltloser Annahme bleibt. Jüngstwelche Änderungen kann der Landtag demnach an dem Vertrag nicht mehr vornehmen, so daß der unseligen Parteipolitik in dieser Frage ein glücklicherweise recht beschränktes Betätigungsfeld bleibt. Man darf daher auf eine möglichst detaillierte Annahme des Vertrages im Landtage hoffen, denn eine ernsthafte polemische Auseinandersetzung, wie sie sich in Vorpostengefechten der deutsch-nationalen und der Zentrumsprelle anzukündigen scheint, würde u. E. das ganze Vertragswerk gefährden und somit recht wenig im Interesse der evangelischen Kirche liegen.

Gewiß ergeben sich gerade vom bewußt evangelischen Standpunkt aus eine ganze Reihe beachtlicher Gesichtspunkte, von denen aus man den Vertragsabschluß mit dem Staate grundsätzlich bekämpfen könnte, doch die Gelegenheit, sie geltend zu machen, ist verpaßt, und sie lassen sich heute ohne beträchtliche Schädigung des Ansehens der Kirche nicht wieder aufnehmen. Der gegebene Augenblick dafür war der Abschluß des katholischen Konkordates gewesen, gegen das sich die gesamte protestantische Öffentlichkeit mit seltener Einmütigkeit wandte, doch als man einsah, daß der Abschluß desselben nicht mehr zu hindern war, warf man auf evangelischer Seite das Steuer herum und verlangte vom Staate den Abschluß auch des Staatsvertrages mit der evangelischen Kirche, der nunmehr nach langen, schwierigen Verhandlungen im Wortlaut vor uns liegt.

Man geht schwerlich fehl, wenn man annimmt, daß die in den ersten Artikeln des Vertrages niedergelegten Bestimmungen über die materielle Sicherung der Kirche, die Staatszuschüsse (Dotationen) „für kirchenregimentliche Zwecke“, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, als man sich auf evangelischer Seite entschloß, dem Beispiel der katholischen Kirche zu folgen, und es wirkt daher gleich auf den ersten Blick betrüblich, daß durch den Vertrag wohl die Kirche als solche, nicht aber auch die Pfarrer und ihre Hinterbliebenen, ja, nicht einmal die bedürftigen Kirchengemeinden finanziell sichergestellt sind.

Ob man diesen Schönheitsfehler, der in unserer Zeit besonders asozial und daher unerfreulich wirkt, nicht hätte vermeiden können, da doch dem Staate vermutlich die angegebene Zweckbestimmung der Dotationen gleichgültig gewesen sein dürfte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ergibt sich, daß die Beiträge des Staates zu den Kosten der 8 Landeskirchenbehörden durch den Vertrag rechtlich sichergestellt sind, während die Zuschüsse zur Pfarrbesoldung und an leistungsunfähige Kirchengemeinden nach wie vor freiwillige Zumdungen des Staates bleiben und einzig und allein von der Staatsgesetzgebung — also vom guten Willen des Staates — abhängig sind. Auch die Höhe der Kirchensteuer bleibt nach wie vor staatlicher Genehmigung und die Verwaltung des Kirchenvermögens staatlicher Aufsicht unterworfen. Man unterstelle angesichts dieser Möglichkeiten einmal einen Kampf der Kirche mit einem ausgesprochenen „Gottlosen-Staate“ und seinem gleich gottfeindlichen Parlament: Den Machtmitteln des Staates, die Kirchensteuer auf ein Minimum herabzusetzen und die Aufsicht über das Kirchenvermögen bürokratisch-schikanös auszuüben, hätte die Kirche nichts entgegenzusetzen, und der Artikel 6 des neuen Vertrages: „Den Kirchen pp. werden das Eigentum und andere Rechte an ihrem Vermögen nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet“, zeigte diesem Staate obendrein noch einen gangbaren Weg, um auf dem Umwege über eine Änderung der Reichsverfassung das gesamte Kirchenvermögen enteignen zu können, ohne auch nur ein Titelchen des jetzt geschlossenen Vertrages zu verletzen. Solche Überlegungen führen immer wieder zu der Frage, ob die Kirche nicht klüger und verantwortungsbedenklicher gehandelt hätte, wenn sie den weit schwierigeren, aber fraglos im Enderfolg besseren Weg über ein Reichskonkordat einzuschlagen versucht hätte, wobei wir uns keineswegs die ungeheuren Schwierigkeiten verhehlen wollen, die sich einem derartigen Vorgehen aus den leidigen partikularistischen Eigenbrötleien der einzelnen Landes- und Provinzialkirchen entgegenstellen würden.

Reiflos erfreulich sind für die Kirche die Bestimmungen der Artikel 2 und 3 des Vertrages, nach denen die kirchliche Gesetzgebung in allen rein innerkirchlichen Fragen der Eigengesetzgebung durch die Kirche selbst völlig frei gegeben wird. Auch erleichtert Artikel 4 die Errichtung und Umwandlung kirchlicher Ämter sowie die Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden wesentlich. Gegen die in Artikel 8 festgelegten Voraussetzungen für die Anstellung von Pfarrern usw. wird man nichts einwenden können.

Heiß umstritten war der Artikel 7 des Vertrages mit seiner „politischen Klausel“, an dem das ganze Vertragswerk zeitweilig zu scheitern drohte. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Zum Vorsitzenden einer Behörde der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde sowie zum Inhaber eines kirchlichen Amtes, mit dem der Vorsitz oder die Amtswartung auf den Vorsitz einer solchen Behörde verbunden ist, wird niemand ernannt werden, von dem nicht die zuständige kirchliche Stelle durch Anfrage bei der Preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.“

Zu dieser Bestimmung bemerkt das Schlussprotokoll des Vertrages, das dem Vertrage „gleichwertig“ ist, folgendes: „Es besteht Einverständnis darüber, daß als politische Bedenken im Sinne dieses Artikels nur staatspolitische, nicht dagegen kirchliche oder parteipolitische gelten. Weiter sieht dann das Schlussprotokoll bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der „staatspolitischen Bedenken“ eine „von Staat und Kirche gemeinsam zu bestellende Kommission“ vor, der die „Fest-

stellung der Tatsachen“, aus denen die Staatsregierung ihre Bedenken herleitet, übertragen werden soll. Das „Zugehörnis dieser Tatsachenkommission“ scheint uns als eine andere als ein „weitgehender Rechtsschutz“ zu sein, als den ihn die landeskirchlichen Unterhändler offenbar angesehen haben (cf. Johannes Kübel in der „Christl. Welt“ v. 16. Mai), denn es wird einer einigermaßen zielbewußten Staatsregierung nicht schwer fallen, je etwaige Kommission von der Berechtigung etwaiger „staatspolitischer Bedenken“ zu überzeugen, und sich auf diese Weise der Kirche gegenüber in Streitfällen machtpolitisch durchzusetzen. Ungleich bedenklicher aber erscheint uns noch die grundsätzliche Bedeutung der politischen Klausel, die einer neuen tatsächlichen Bindung der Kirche an den jeweiligen Staat gleichkommt und der völligen Trennung von Kirche und Staat einen deutlich erkennbaren Riegel vorschiebt.

Fast ebenso hart umstritten wie die politische Klausel werden die sogenannten „Fakultätenartikel“ des Vertrages, die den Fortbestand der derzeitigen theologischen Universitätsfakultäten gewährleisten und Bestimmungen über die Mitwirkung der Kirchenbehörden bei der Berufung der theologischen Professoren treffen. Auch hierzu gibt das Schlussprotokoll einen sehr ausführlichen Kommentar, durch den sichtlich auf der einen Seite die Bedenken gegen das den Kirchen eingeräumte Gutachterrecht bei der Besetzung der Lehrstühle ausgeräumt werden, und auf der anderen den Kirchen der gebotene ihnen unerlässlich erscheinende Einfluß auf die theologischen Fakultäten gewährleistet werden soll. Vermutlich wird dieser letztere Punkt noch An-

laß zu mancher Kontroverse zwischen Fakultäten und Kirchenbehörden werden, da die ersteren, besonders die der neu preussischen Universitäten, ihre wissenschaftliche Freiheit durch die kirchlichen Unterhändler und deren Abmachungen bedroht sehen.

Man kann nach alledem kaum sagen, daß das Vertragswerk zwischen Staat und evangel. Kirche ein restlos erfreuliches und befriedigendes ist. Besonders herbe ist die Enttäuschung, die der Abschluß für alle die mit sich bringt, welche sich von dem Kirchenvertrag zum mindesten den ersten energischen Schritt in der Richtung einer völligen Trennung von Kirche und Staat versprochen. Gewiß „befreit“, wie der oben schon zitierte Aufsatz des Frankfurter Kirchenrates Johannes Kübel es ausdrückt, „der Vertrag die Kirche von einer Anzahl lästiger Fesseln und unterbaut ihr neues und altes Recht vertraglich“, doch sind auf der anderen Seite die Verpflichtungen, denen die Kirche sich unterwirft, viel zu erheblich, als daß man der Befreiung von Fesseln, die sich ohnehin praktisch überlebt hatten, froh werden könnte. In Wirklichkeit ist mit dem Vertrag der Grundstein zu einer neuen Staatskirche gelegt mit dem Unterschied gegen früher, daß heute vertraglich mit einander verknüpft wird, was früher organisch-grundgesetzlich mit einander verbunden war. Darum ist es auch kein Zufall, daß die Frage des preussischen Summepiskops eine äußere Lösung nicht fand, sondern es ist ein Zeichen diplomatischer Geschicklichkeit und politischer Klugheit der staatlichen Unterhändler, daß sie das Summepiskopat für den Staat, der es tatsächlich ausübt, formal nicht in Anspruch nahmen. Censor.

Angriff auf die Beamtenpensionen?

(Ein Kapitel über den Kaufalnegus).

Vor vier, fünf Jahren tobte — soweit man bei der Haltung des Aufwärtss schon von „toben“ sprechen kann — in den Spalten des Aufwärtss der Kampf gegen die sogenannte Aufwertung, die auch als Abwertung bezeichnet wurde. Darin waren sich alle Mitarbeiter und Leser einig, daß diese „legale Enteignung“ ein schweres Unrecht sei, ein Bruch mit der Rechtsidee des Staates, ein Verstoß wider die Gerechtigkeit. Mir ist das Wort eines schlichten Mitarbeiters im Gedächtnis haften geblieben, der da sprach, solcher Verstoß werde irgendwie und irgendwann seine Sühne finden. Nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung.

Erinnern wir uns kurz, daß die aus dem Dawesplan zu leistenden Tribute eingangs der Dawesakte mit dem Satz begründet wurden: „Deutschland, nachdem es sich von seinen inneren Schulden befreit hat...“ Befreit von Verpflichtungen und Rechtsverbindlichkeiten gegenüber seinen Staatsbürgern — um Tribute zu leisten.

Und heute greift die amerikanische Hochfinanz an dieses schwere Unrecht am deutschen Staatsbürgern erneut auf, indem sie (ob moralisch berechtigt hierzu oder nicht, sei dahingestellt) den Raub der erworbenen Ansprüche auf die Beamtenpensionen propagiert.

Die „New York World“ schreibt: „Deutschland muß seine Finanzen sanieren, ehe es neue Kredite bekommen darf. Ein Reich, das seine Gläubiger durch die Inflation enteignet habe, ohne sich um das Schicksal der Hunderttausende zu kümmern, die es durch die Enteignung aus wohlhabenden und glücklichen Menschen zu Bettlern und Sozialrentnern gemacht habe, dürfe auch keine Bedenken haben, wenn es nochmals Hunderttausende von Pensionären enteigne.“

Die Forderung der amerikanischen Hochfinanz ist unerbittlich. Aber steckt nicht ein tieferer Sinn in dieser Forderung? Ein Staat, der seine Staatsbürger enteignete der sich der Stimme der Vernunft, des Mitleides mit den vielen Tausenden Armen und Verzweifelten verweigerte, der Millionen für wohlverworbene Rechte gab, hat kein Recht, Pensionen zu zahlen. Das ist der Sinn der Forderung.

Es ändert nichts, daß die Enteignung kein Akt der Willkür, sondern ein Staatsakt, ein Akt der Legalität war. Man soll nichts für unmöglich halten. Die Forderung der Hochfinanz wird, sei es auch nur teilweise, bewilligt werden, wenn Deutschlands Staatslenker sich nicht entschließen können, vollkommen neue Wege einzuschlagen und sich von einer Politik zu lösen, die, in den letzten zehn Jahren vorherrschend, die Tributzahlungen zu leisten anerkannte und nur um Erleichterungen handelte.

Wer hätte denn gedacht, daß die wohlverworbene Rechte der Beamten durch Kürzung der Gehälter, durch Entlassung ohne Pensionsanspruch aus politischen Gründen hätten angefochten werden können.

Rückschauend kann man sagen, daß niemals Forderungen nach Tributleistungen in dieser Höhe hätten gestellt werden können, solange Deutschland an seinen Verpflichtungen gegenüber seinen inneren Gläubigern festgehalten haben würde. Niemals hätte Deutschland diese Not um Auslandskredite gehabt, wenn es seine Staatsbürger nicht so gut wie enteignet hätte.

Niemals aber auch hätte die Inflation diese Willen eines Korruptionsumpfes zeigen können, die mit den Namen Barmat, Kautsky, Parphus, Helfphant, Schlarack und anderer genügend gekennzeichnet sind. Denn die Inflation war nicht Schicksal, sondern eignes Verschulden.

Auch Du mußt wandern, wandern!

Gedanken zum Reichswerbetag für deutsche Jugendherbergen am 16. und 17. Mai 1931.

Von Dr. Ernst Schmidt-Lübbecke i. W.

Goldig schien die Maiensonne in den Sonntagmorgen hinein. Vom östlichen Gebirge schossen ihre glühenden Strahlen über die sanften norddeutschen Abhänge auf die weich in sinkende Frühnebel eingebettete weite Ebene. Verträumt lag das Städtchen am Wiehengebirge, mit seiner schmalen Seite sich anmutig in das enge Bergtal am murrenden Bach einsinkend.

Schon steigt aus den alten Backsteinschornsteinen auf den roten Ziegeldächern der Rauch in langen Fahnen hergerader in die Höhe. Neues Leben erwacht in den Häusern und auf den Gassen.

Buntbemühte Schüler ziehen durch die Straßen, von Haus zu Haus. Sie bieten denen drinnen und den Leuten draußen auf dem Kirchwege ihre Maiblumen an mit der bescheidenen und doch züchtigen Bitte um eine Gabe für den „Reichsverband deutscher Jugendherbergen“.

Richtig, es ist der 17. Mai. In allen Zeitungen und Zeitungen stand zu lesen: Freunde des deutschen Jugendwanderns! Fördert das Jugendherbergswerk! Werdet Wegbereiter gesunder Jugend und neuer Volkswohl-fahrt!

Wie eifrig die Jugend beim Sammeln am Werke ist! Eben begegnen sich an der Kreuzung der Langestraße zwei frische Jungs.

„Morgen Eike!“ ruft der Jüngere. „Heil, Willi!“ kommt es vom anderen. „Mensch, habe ich Glück gehabt. Mein Vater hat mir 10 Reichsmark für unser Werk gegeben; und nebenan beim Bürgermeister habe ich das gleiche Glück heimgeholt. Anorke, was!“ — „Uebri-gens“, fährt der Sohn des Landrats fort, „der Stadthauptling hat mir noch allerlei Nettes gesagt, vom Aus-

bau unserer Städtischen Jugendherberge oben am Jahn-platz, die dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Wander-verkehr in unserem Wiehengebirge doch nicht mehr ge-nügt. Er hat bereits mit Magistrat und Stadtoberbete-nen darüber verhandelt. Ich denke, der Laden klappt!“ Willi nickte lachend. „Ja, wahrhaftig, er ist ein gutes Stadtoberhaupt und ein eifriger Förderer unseres Her-bergswesens. Wenn alle Bürgermeister und Stadtväter in deutschen Ländern sich so einsehen wollten!“ — „Und so handelten!“ fügt der Jüngere hinzu.

„So, nun wollen wir noch zu Sturms Fritz gehen. Der hat zwar nicht viel zu verschenken. Knappe Zeit und wenig Lohn bei den Zigarrenarbeitern.“

„Über versuchen wollen wir es. Haben ja auch eine Reihe Jungs und Mädel, die eigentlich auch einmal mit auf Fahrt könnten.“

„Mensch, kennst du die Sturmsche und den ollen Sturm schlecht! Na, komm mal mit rein, wirst ja sehen!“ Im Augenblick sind unsere Beiden auf der Diele des Sturmschen Häuschens. Quiekend geht die Ahtertür. Ein brummig Gesicht sieht gelangweilt durch den Raum, in dem die frischen Jungs munter auf den brummigen Mann losgehen. Morgen, Herr Sturm! Wir kommen, um für die Jugendherbergen zu sammeln. Könnt uns geben, Was Ihr wollt. Wir danken gern, wenn's auch man Pfennige sind.“

Sturm glotzt die Jungs an. Ungelenk wehrt sein Arm ab. „Hab ich nichts mit zu tun. Keine Arbeit. Reiche Jungs wissen nicht, wie's bei armen Leuten aussieht. Bin schon ein halbes Jahr stempeln gegangen!“

„D, Herr Sturm!“ plagen die Jungs heraus. — Ist ihnen doch bekannt, daß für manchen „grauen um lütken Korn“ immer noch bei Fritz Sturm Geld da ist. — Sie sollten auch was geben. Und wenn es auch nur wenig ist. Und Karl und Grete könnten Sie auch mal mitgehen lassen auf Fahrt.“ — Eben kommt die Mutter mit den Kin-dern herzu. Sturm-Bater poltert los: „Dat fehlt noch! Ich, wat? Die Plagen mit auf Wanderschaft lassen! In

den Jugendherbergen kriegen sie Päuse. Un wat lernen sie auf Fahrt? Bauern ärgern und Unsinn auf den Stra-ßen machen; Stehlen und Verderben auf Feldern und in Gärten un so wat! Re, da wird nichts von! Bei mir nicht!“

Der Karl ist schon beim Vater und bittet für sich und seine Schwester: „Bater, laß uns doch mal mit! Alle Jungs in der Fabrik sagen, et wär herrlich auf Fahrt.“ — „Und gespart hab ich ja auch schon was.“ Worauf Willi sagt: „Mit 12 Mark kannst du unsere Weiserfahrt im Sommer bis Hannover-Münden und zurück auf dem Weserdampfer gut mitmachen.“

„Ja, ja, Herr Sturm, lassen Sie Karl und Grete in den Sommerferien mit uns wandern. Da werden Sie hören, wie es bei uns und in unseren Jugendherbergen steht. Ganze dreißig Pfennige für ein Nachtlager, das ist doch das billigste Hotel von der Welt; und dann der Spaß, und die Lust, und das Singen und Tanzen, und das Tip-peln, bergauf, bergab; das ist ja das Schönste in unserem Leben!“ —

Karl und Grete sollen mithommen. Was nicht langt, will die Ortsgruppe beisteuern. „Bloß, daß Sie mal hö-ren, wie es bei uns zugeht.“ So die Jungs. Der alte Sturm verzieht sich bald nach drinnen. Die Sturmsche meint: „Ich habe nichts zu geben. Wer wenn ihr Karl und Grete mitnehmen wollt, ist es mir recht. Ordentlich sollen sie sein!“ —

Das versprochen die beiden Bläßgesichter.

Als am 1. Juli für die Schulen an der Weser die herri-chen Sommerferien angingen, zog Lehrer Pohlmann, der Vorsitzende der Ortsgruppe Lübbecke, mit einer mun-teren Schar von 10 Jungs und 6 Mädeln am Berggrat entlang, um früh genug der Sonne entgegen über den Reineberg zum Rammweg nach der Porta Westfalica zu kommen.

Munter schritten die jungen Menschen aus. Karl Sturm und seine Schwester Grete mit. Helle Freude leuchtete in allen Gesichtern. Die Ortsgruppe hatte beige-

nicht Naturerei des ersten engl-non best, der Wie hat damak-schen Staatsbü-gegenüber geru-seine Fürbitte

Wäre dama-und Auszeichn-erfährt, wenn e-keit freien Wirt-aus heißer Lieb-in dem Geiste u-es um die Auf-ten heute nicht

Der Staat l-Wie die Währr-Vertrauens und

Uns zeigt d-Nicht der Ausg-

Entschlebung d-erwa-

Der Langn-Wirtschaft zu ei-dorf berufen ha-nahme folgenden

„Die G-rung zu en-zeit, die wir-Rückficht-eine entfle-tern, die n-zunehmen i-nicht überne-fenes Hand-

Die Un-bieten unfer-len Lebens-für die Bef-füllen. Die-tung; ihr c-greifend ha-

Die we-gierung ein-Plan zur H-nahmen und-auch auf di-faunen öffe-leitsfragen-sind sofort z-

Die we-der Kapitalz-verlangt di-der privatere-renden Ste-rechte.

Sie ver-zur Abwick-Grundlage-rheinlich-we-diese Forde-aller Kraft

Ein-Ueber die-plans äußerer ji-

steuert. Fritz W-dergenosse, hat-Aus seines Ba-nützliche Sader-Zellschokolade-würfel. Grete-wird allemal je-O, wußten die z-

Karl schritt-vom Führer au-dann hatte er f-Wanderführer i-Verzeichnis der-Rinderheim vor-Sorde führen. Karte sehen un-bekannt. — Und-den weiten Fer-deutsche Tiefsee-vensberger Mu-da war ja auch-fenschwert auf-im Lipperlande-Jerne.

Der Weg gir-tat wohl. Alle-mal einst! Eine-16 jungen Rehl-terbaß, das Wa-derjugend: „Lebe wohl, die weite Welt! dich vergeb! Ich-Frisch schmet-reim nach der-Strand“ — du-Bergwald: „Du-fort aus deinem

...kultäten und
...besonders die
...wissenschaft-
...röbler und de-
...daß das Ver-
...einde ein res-
...sonders herbe
...le die mit sich
...zum minde-
...richtung einer
...versprochen.
...e Auffatz des
...es ausdrückt,
...stiger Fesseln
...verträglich",
...richtungen, de-
...blick, als daß
...ehin praktisch
...Wirklichkeit
...einer neuen
...in früher, daß
...id, was frül-
...verbunden
...die Frage des
...Lösung nicht
...der Geschich-
...lichen Unter-
...ein Staat, der
...ruch nahmen.
...Censor.

...en?
...finanz ist un-
...dieser For-
...enteignete
...ides mit den
...verfagte, der
...kein Recht,
...forberung.
...ein Akt der
...er Legalität
...Die Forde-
...teilweise, be-
...senkenher sich
...e Wege ein-
...die, in den
...utzahlungen
...rungen han-
...ermorbenen
...älter, durch
...ischen Grün-
...als Forde-
...e hätten ge-
...seinen Ver-
...st-
...gland diese
...eine Staats-
...diese Willen
...e mit den
...ent, stark
...enn die In-
...Verfchulden,
...mat lernen
...f den Stra-
...den und in
...mir nicht!
...für sich und
...mit! Alle
...auf jagt."
...orauf Willi
...ferfahrt im
...ch auf dem
...Brete in den
...e hören,
...ergen steht.
...das ist doch
...der Spaß,
...ad das Tip-
...in unserem
...nicht langt,
...ie mal hö-
...Der alte
...Sturmsche
...in ihr Karl
...Ordnentlich

...er die herr-
...Pohlmann,
...einer mun-
...Berggrat
...über den
...ffalica zu
...aus. Karl
...Me Freude
...atte beige-

nicht Naturereignis, sondern Schuld. Wer die Memoiren des ersten englischen Botschafters in Berlin, Lord D'Herbion liest, der kennt die Mitschuld und die Schuldigen. Wie hat damals der Aufwärts um Gerechtigkeit den deutschen Staatsbürgern, den Witwen und Waisen, den Alten gegenüber gerungen. Wie herzlich war sein Bitten und seine Fürbitte an die, die zu entscheiden hatten.

Wäre damals der Aufwärts mit der gleichen Achtung und Auszeichnung behandelt worden, die er heute dann erfährt, wenn einer seiner von jeder Parteidenkgefeßlichkeit freien Mitarbeiter um der Gerechtigkeit willen und aus heißer Liebe um das Vaterland Kritik übt, hätte man in dem Geiste gehandelt, den die Artikel von damals, als es um die Aufwertung ging, atmeten, wahrlich, wir hätten heute nicht nötig, in dem Maße Kritik zu üben.

Der Staat beruht auf dem Vertrauen seiner Bürger. Wie die Währung nichts anderes ist als eine Sache des Vertrauens und der Kredit desgleichen.

Uns zeigt der Artikel der „Welt“ noch ein anderes: Nicht der Ausgang der Wahl vom 14. September 1930

hat Deutschland den Kredit gekostet. Zu der Zeit war die Kapitalflucht nahezu beendet und nur die Tatsache, daß die Wahl mit dem sich nähernden Tiefstand der Weltwirtschaftskrise zusammenfiel, erlaubte parteipolitisch gebundenen Agitatoren, dem Volke die Kreditentziehung durch das Ausland als Folge der Wahl aufzutischen. Und wer viel mit ausländischen Kaufleuten zusammenkommt, wie ich, der weiß, was dem Ausland mehr als ein Wahlausgang Zurückhaltung in Kreditfragen auferlegt.

Deutschland hat Wechsel unterzeichnet, wohl voll guten Willens, aber es löst die Wechsel nicht ein. Es hätte um keinen Preis Wechsel ausstellen dürfen, für die Deckung nicht vorhanden war. Ein ehrlicher Schuldner darf nicht so handeln. Das ist der Kernpunkt. Und den zu nennen scheut man sich in Deutschland. Denn das ist ein innerpolitisches Problem. Ein noli me tangere. Herrn Brüning begleiten nach Chequers unsere besten Wünsche. Wir haben das Vertrauen zu ihm, wie immer sonst seine politische Haltung sein möge, daß er keine Wechsel unterschreibt, für die ein verarmtes und ausgepörrtes Volk keine Deckung hat.

J.V.M.

Für einen deutschen Plan.

Entschiebung der westdeutschen Wirtschaft. — „Das Volk erwartet eine entschlossene Führung.“

— Düsseldorf, 4. Juni.

Der Langnamverein, der die Führer der westdeutschen Wirtschaft zu einer außerordentlichen Tagung nach Düsseldorf berufen hatte, beendete seine Beratungen mit der Annahme folgender Entschliebung:

„Die Gesamtlage in Deutschland drängt die Regierung zu entscheidenden Maßnahmen. Die schwere Notzeit, die wir durchleben, verträgt keine parteipolitischen Rücksichten mehr. Das Volk erwartet vom Reichskanzler eine entschlossene Führung und die Wahl von Mitarbeitern, die nur nach Sachkenntnis und Befähigung vorzunehmen ist. Mit Halbheiten werden wir diese Krise nicht überwinden, sondern nur durch festes, entschlossenes Handeln und durch Arbeit und Opfer.“

Die Zusammenbrucherscheinungen auf allen Gebieten unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens müssen alle, die sich verantwortlich fühlen für die Zukunft des Volkes, mit schwerster Sorge erfüllen. Die Unternehmerrschaft fühlt diese Verantwortung; ihr aber sind die Hände gebunden, um durchgreifend handeln und helfen zu können.

Die westdeutsche Wirtschaft verlangt von der Regierung einen klaren, auf Jahre hinaus abgestellten Plan zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dabei muß die Reichsregierung auch auf die übertriebene Ausgabenwirtschaft der gesamten öffentlichen Hand ohne Rücksicht auf Zuständigkeitsfragen einwirken; fehlende gezielte Handhaben sind sofort zu schaffen.

Die westdeutsche Wirtschaft verlangt die Abstellung der kapitalverfälschenden Befehle und Verordnungen; sie verlangt die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft und die Beschränkung der regierenden Stellen auf wirkliche und reine Staatshoheitsrechte.

Sie verlangt die Aufstellung eines deutschen Planes zur Abwicklung der internationalen Verhältnisse, als Grundlage für die kommenden Verhandlungen. Die rheinisch-westfälische Wirtschaft wird den Kampf für diese Forderungen mit Nachdruck führen und sich mit aller Kraft für ihre Verwirklichung einsetzen.“

Einheitsfront erforderlich.

Ueber die Grundzüge des deutschen Wirtschaftsplans äußerte sich Dr. Albert Bögler vor der Annahme der

Heuert, Fritz Wippelmann, ein allezeit vergnügter Wandergenosse, hat ihnen beim Packen geholfen; sachgemäß. Aus seines Vaters Feinkosthandlung sind noch allerlei nützliche Sachen in den Rucksack gekommen: Zwieback, Toffschokolade, Bierfruchtmarmelade, Nugo und Maggiwürfel. Grete soll das Kochen lernen. „Unser Abhoden wird allemal sein“, hatten ihr die anderen Mädel gesagt. O, wußten die zu erzählen!

Karl schritt gut mit aus. Sein Rucksack war vorher vom Führer auf unnütze Sachen untersucht worden. Und dann hatte er seine Aufgabe gekriegt: An der Hand vom Wanderführer und der Kartenskizze im Jugendherbergs-Verzeichnis den eingezeichneten Weg am Nettelstedter Rinderheim vorbei bis zur Porta zu suchen. Er sollte die Herde führen. Ja, das macht Spaß! Man lernte nach der Karte sehen und gehen. Land und Leute wurden einem bekannt. — Und dann die schöne reine Bergwelt oben mit den weiten Fernsichten in die unermesslich weite norddeutsche Tiefebene, und auf der anderen Seite in die Ravensberger Mulde bis zum Teutoburger Wald. Richtig, da war ja auch der hochragende Hermann mit dem Riesenschwerm auf dem Grotenburger Denkmal bei Detmold im Lipperlande zu sehen. Ganz weit drüben in blauer Ferne.

Der Weg ging bergan, berg ab. Die frische Morgenluft tat wohl. Alle waren voller Wanderlust. „Kinder, singt mal eins!“ Einer hatte es gerufen; und bald erscholl aus 16 jungen Kehlen, untermischt vom Pohlmannschen Führer, das Wanderlied der Lübbecke Turn- und Wandjugend:

„Lebe wohl, ade! Du, mein Lübbecke, jeho fahr' ich in die weite Welt! Wo ich geh' und steh', wo ich Schönes seh', dich vergeß' ich nicht, das mir gefällt.“

Frisch schmetterte das muntere Lied mit seinem Reim nach der bekannten Melodie: „Von des Rheines Strand“ — durch den grasgrünen, sonnendurchglitzerten Bergwald: „Du, mein Lübbecke, lebe wohl, ade! Nun ich fort aus deinen Mauern geh'...“ Schluß folgt.

Entschliebung dahin, da Deutschland heute nach dem Goldwert berechnet bereits wieder höhere Zahlungen leiste, als sie der Dawesplan vorgegeben habe, seien neue Verhandlungen unerlässlich. Erfolgreiche Verhandlungen mit dem Ausland seien jedoch nur dann möglich, wenn eine überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen dahintersteht. Diese Front zu bilden sei die erste Aufgabe. Sie erfordere einen auf lange Jahre hinaus festem Plan, aus dem das Volk ersehe, daß Arbeit und Opfer nicht vergeblich gebracht würden. Ein solcher deutscher Wirtschaftsplan werde die nachfolgenden Voraussetzungen enthalten müssen:

1. Unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik muß mit dem Ziel der Stärkung unseres Binnenmarktes und der Eigenkapitalbildung umgestellt werden;

2. auf Jahre hinaus muß Deutschland von allen Tributzahlungen, soweit sie nicht durch Sachleistungen abgetragen werden können, befreit sein. Es ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn, von einem Lande, das so ungeheure Teile seines Volkseinkommens genommen worden sind, neue Tribute zu erpressen, bevor es seine Wirtschaft wieder aufgebaut und in Ordnung gebracht hat. Daß dies nach diesen ungeheuren Lasten des Krieges, nach der Revolution, nach der Inflation nur langsam und in harter Arbeit erreicht werden kann, wird jeder, der guten Sinnes ist, verstehen;

3. die Gläubigerstaaten müssen, wie das schon in Paris bei der Gründung der B.I.G. beabsichtigt war, Deutschland in seinen Bemühungen, Absatzmärkte für seine Industrieprodukte zu finden, unterstützen.

Dr. Paul Silverberg kritisierte dann noch die öffentliche Finanzwirtschaft und forderte viel einheitlichere Finanzpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden. Schonung des Unternehmers und der Belegschaft sei in unserer Lage höchstes Erfordernis.

Arbeit und Opfer.

Rundgebung der westdeutschen Industrie.

— Düsseldorf, 4. Juni.

Auf Einladung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen versammelten sich in der Düsseldorf-Tonhalle etwa 1500 führende Männer des westdeutschen Wirtschaftslebens zu einer Rundgebung.

Dr. Fritz Springorum eröffnete die Versammlung mit der Feststellung, daß kaum jemals im Laufe der 60-jährigen Geschichte der Langnamvereins ein so ernster Anlaß die Mitglieder des Vereins zusammengeführt habe wie heute. Nie habe unsere Wirtschaft eine Krise des Ausmaßes gesehen, wie sie jetzt auf uns lastet und die Grundfesten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erschüttere. Der Lebenskampf des deutschen Volkes sei in seine letzte Phase getreten; die Reichsregierung aber sehe sich schwierigen Aufgaben gegenüber.

Redner kam dann auf die Notverordnung zu sprechen, die Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwoch dem Reichspräsidenten zur Kenntnis brachte, verzichtete jedoch auf ein näheres Eingehen darauf, weil ihre Einzelheiten in der Öffentlichkeit noch unbekannt sind. Eines müsse aber schon heute festgestellt werden: jede neue Belastung der Wirtschaft müsse die Erfolgsmöglichkeiten der neuen Notverordnung beeinträchtigen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen übte Dr. Springorum an der Verzögerung der Verwaltungs- und Verfassungsreform Kritik. Hand in Hand mit diesen Versäumnissen seien die öffentlichen Lasten durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erhöht worden. „Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttötung, — so fuhr Redner dann fort — nach einem verlorenen Kriege und unter dem Druck unerhörter Tributverpflichtungen einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechterhalten zu wollen, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung haben mögen, die aber heute eine Unmöglichkeit wird. Wir dürfen aber auch keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir uns von einer Selbstkostenreduzierung, die lediglich Löhne und Gehälter erfaßt, einen ausreichenden Erfolg nicht versprechen können.“

Die große Spanne zwischen Selbstkosten und Erlös kann durch diese Maßnahmen, so notwendig sie sind, allein nicht überbrückt werden. Eine weitere Senkung der Selbstkosten muß auf allen Gebieten erreicht werden. Derjenige erweist heute dem Volke den besten Dienst, der offen und freimütig die Dinge beim richtigen Namen nennt. Wir alle sind zu größten Opfern bereit, es muß aber die Überzeugung geweckt werden, daß eine entschlossene Führung besteht und nicht alle Opfer in ein Faß ohne Boden fließen. Nur dann können wir hoffen, nach Jahren der Entbehrung durch eine zielklare, harte und entschlossene Regierung nach oben geführt werden. Ein einziges Jahr der Durchführung des Youngplanes ohne die bisher üblichen Verschleierungsmanöver durch ausländische Anleihen hat die

Bedeutung der Tributlasten in sämtlichen Schichten des deutschen Volkes spürbar werden lassen. Hängen doch die großen Einschränkungen und Entbehrungen mit dem Überlaß der Reparationen aufs engste zusammen. Wer täglich unverbrämt und krah diese Dinge fleht, wird von allerhöchster Sorge auch für den Bestand von Staat, Kultur und Volk erfüllt. Wir wissen: die Uhr zeigt fünf Minuten vor Zwölf. Sein oder Nichtsein der Nationen stehen auf dem Spiel! Wir müssen von dem Reichskanzler verlangen, daß er sich mit den besten und tüchtigsten Männern des Volkes umgibt und mit kürzester Frist der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebnet. Wir verlangen ganze Arbeit. Mit einer entschlossenen Regierung, die sich zu energischer Tat aufrafft, muß die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes geschehen!

Nachdem Redner dann noch die Schicksalsverbundenheit der Unternehmer und der Arbeiter und Angestellten unterstrichen und die Beschaffung von Arbeits- und Lebensmöglichkeiten als die vornehmste Aufgabe des Unternehmertums hingestellt hatte, äußerte sich Generaldirektor Paul Reusch über den Weg aus der Krise. Die Antwort auf die Frage: Was tun? sei leicht. Deutschland sei ein armes Volk geworden, und Armut könne nur durch Opfer, Fleiß und Arbeit überwunden werden. Wir müßten uns nach oben hungern, wie es das alte Preußen nach den Freiheitskriegen getan habe. In Einnahmen und Ausgaben müßten die Verhältnisse wiederhergestellt werden, wie sie vor etwa sechs Jahren bestanden haben.

Dr. Fritz Thynssen wandte sich gegen die Auswülfte des Parteilebens. Der Sinn der Volksgemeinschaft und das Ziel der Politik sei die Stärkung der deutschen Nation. Bergassessor a. D. Stein, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Münster, zeichnete ein ernstes Bild der Lage des Ruhrbergbaues. Danach lag die arbeitsfähige Kohlenförderung im April 1931 30 Prozent unter der des Jahres 1929. Die Haldebestände hätten sich gegenüber 1929 verdreifacht. Die Belegschaft habe sich in den letzten vier Jahren trotz der vielen Feierkündigungen um 35 Prozent vermindert. Seit 1920 seien 110 Schachtanlagen stillgelegt worden; nur noch 282 seien in Betrieb. Katastrophal sei die Lage dadurch geworden, daß heute die englische Kohle am Rhein billiger angeboten werden könne, als die deutsche. Eine radikale Senkung der Selbstkosten sei daher unerlässlich.

Zum Schluß der Rundgebung verwiesen der Vorsitzende der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Lüninck, Paul Silverberg und Dr. Albert Bögler auf den Einfluß der Tributzahlungen auf die deutsche Notlage.

Notverordnung fertig.

Vortrag des Reichskanzlers bei Hindenburg. — Abreise nach Chequers.

— Berlin, 4. Juni.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch in einer neuen Beratung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine Arbeiten an der Notverordnung beendet. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um den Reichspräsidenten über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zu unterrichten. Die Veröffentlichung der Notverordnung wird frühestens Ende der Woche erfolgen. Da Reichspräsident von Hindenburg in den nächsten Tagen nach Neudeck fährt, wird die Verkündung der Notverordnung möglicherweise von Neudeck aus erfolgen.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen erst nach der Rückkehr des Kanzlers und des Außenministers von Chequers beginnen werden. Daß es zu harten Meinungskämpfen kommen wird, ist so gut wie sicher. So übte bereits der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, an der Krisenleiter Kritik und fügte hinzu, eine Abkehr von der bisher verfolgten Generallinie werde für die Volkspartei neue politische Tatsachen schaffen. Hinsichtlich der sozialdemokratischen Stellungnahme hat der Parteitag der Fraktion freie Hand gelassen.

Von größtem Einfluß auf die weitere Entwicklung wird ferner das Ergebnis der deutsch-englischen Besprechungen in Chequers sein. Alle Kreise des deutschen Volkes sind sich darin einig, daß, wenn schon harte Opfer gebracht werden müssen, sie zumindest ihren Zweck erfüllen müssen. Das aber hat eine Revision der unerträglichen Tributlasten zur Voraussetzung. So betont auch der Berliner Bericht-erfasser des „Manchester Guardian“, bei der Begegnung in Chequers müsse die englische Regierung Deutschland eine Chance geben, um Deutschland aus der Hoffnungslosigkeit herauszureißen. Die neue Notverordnung müsse das Höchstmögliche leisten, was dem deutschen Volke zugemutet werden könne; nunmehr müsse auch das Ausland den Hebel ansetzen.

Die Abreise des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaussenministers Dr. Curtius nach England erfolgte Mittwochabend 11.32 Uhr. Im Verlaufe des heutigen Donnerstags werden sich die Staatsmänner in Curhaven auf dem Hapagdampfer „Hamburg“ einschiffen, der sie nach Southampton bringen wird. Von dort begeben sich Reichskanzler und Außenminister mit der Bahn nach London. Sonnabend mittag treten die deutschen Gäste im Kraftwagen die Fahrt nach Chequers an, wo sie sich bis Sonntag nachmittag aufhalten werden. Für Montag ist u. a. ein Empfang beim englischen König vorgesehen. Die Rückkehr ist für Dienstag in Aussicht genommen.

Schlußwort Breitscheids.

Abchluß der Generalausprache auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

— Leipzig, 4. Juni.

Die Generalausprache auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig wurde mit einem Schlußwort des Abgeordneten Dr. Breitscheid beendet. Redner erklärte, der Faschismus in Deutschland sei eine große Tagesgefahr, angesichts der wirtschaftlichen Situation des deutschen Volkes. Die Opposition dürfe nicht den Eindruck erwecken, als ob tiefe weltanschauliche Gegensätze in der Partei vorhanden seien.

„Es ist hier — fuhr Dr. Breitscheid fort — Brüning mit Hitler und Hugenberg verglichen worden. Mit solchen Vergleichen schwächen Sie unseren Kampf. Brüning ist als Exponent des Schwerkapitals bezeichnet worden. Ich frage: Ist es nicht gelungen, wenigstens etwas für die Arbeiterklasse zu retten und zu erhalten? Haben wir nicht einen

gewissen Einfluß auf die Entscheidungen des Kabinetts geübt. Daß der Reichstag kein Parlament heute mehr ist, daran trägt die deutsche Wählerschaft Schuld.

Wir betrachten die Einschränkungen der Demokratie als einen vorübergehenden Notzustand, der aber geeignet ist, zu verhindern, daß diese Demokratie auf unabsehbare Zeit hinaus völlig beseitigt wird.

Es ist die Frage aufgeworfen, was nach dem Sturz des Kabinetts Brüning werden würde. Wollen wir es auf alle Eventualitäten ankommen lassen? Wir müssen im jeweiligen Augenblick die Situation ernsthaft und nachdrücklich prüfen. Wir müssen es auch tun, wenn die neue Notverordnung vorliegt.

Wir müssen alle Gefahren in Rechnung stellen, die bei unserer Zustimmung oder Ablehnung der Notverordnung entstehen. Es wäre unpolitisch, eine Entscheidung zu fällen, solange man nicht den genauen Wortlaut kennt. Man kann zur Panzerkreuzerfrage stehen wie man will; einen Bruch mit Programmforderungen der Partei bedeutet sie nicht. Ich sehe aber auch nicht an zu erklären, auch einen Bruch mit alten Programmforderungen würde ich auf mich nehmen, da die Zeit und Verhältnisse anders geworden sind.

Die Mehrheit setzt sich durch.

Mißbilligung der Stimmgabe gegen den Panzerkreuzer. Freie Hand für die Reichstagsfraktion.

— Leipzig, 4. Juni.

Der sozialdemokratische Parteitag sprach mit 324 gegen 62 Stimmen den neun Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, seine Mißbilligung aus und stellte fest, daß eine Verletzung des Fraktionszwangs als parteischädigendes Verhalten gelten muß. Mit großer Mehrheit wurde auch eine vom Parteivorstand unterstützte Entschließung aufhäuser-Künster angenommen, in der am Schluß festgestellt wird, daß die Partei in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen werde, daß es gelingt, die lebenswichtigsten Arbeiterinteressen zu sichern.

Ebenso wurde ein Antrag angenommen, wonach die Reichstagsfraktion alsbald nach dem Erlaß der Notverordnung zusammentreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstags entscheiden soll.

Rundgebung des Papstes.

Gegen die Auflösung der katholischen Jugendverbände.

Papst Pius XI. hat in zwei Reden in sehr scharfer Form gegen die von der italienischen Regierung verfügte Auflösung aller nichtkatholischen Jugendverbände Stellung genommen, wobei er vor dem römischen Missionar-Klub für italienische Auswanderer gegenüber dem offiziellen Communiqué, in dem es heißt, die Auflösung sei ohne den geringsten Zwischenfall erfolgt, auf die vielen „Zwischenfälle, Schmähungen, Sequestrierungen und Zerstörungen“ hinwies, die sich in der letzten Zeit ereignen konnten, trotzdem die katholische Aktion unter dem Schutze eines Staatsvertrages stehe. Vor einem mexikanischen Pilgerzug wiederum widerlegte er die Verleumdungen, die Mitglieder der katholischen Jugendverbände wären staatsfeindliche Personen. Immer und überall sei vielmehr das Gebot des Papstes, seine Politik zu betreiben, befolgt worden.

Franzosenflugzeuge über Norderney.

Mehrmals gesichtet.

— Norderney, 4. Juni.

Am Mittwoch wurden drei französische Flugzeuge über der Deutschen Bucht gesichtet. Eines der Flugzeuge flog dabei über Norderney und ist schon durch das eigenartige Motorengeräusch aufgefallen. Auch an anderer Stelle sind Flugzeuge bemerkt worden, so von Bord des Stations-Leubers „Frauenlob“ über dem Vortrapp-Tief südlich der Insel Sylt in 150 Meter Höhe. Später wurde der Kommandantur Vorkum Meldung gemacht von zwei Flugbooten südlich der Insel Memmert. 10 Minuten später überflogen zwei Flugboote den Hafen von Vorkum, gleichzeitig wurde ein Doppeldecker über der Insel Juist gesichtet.

Berthold Ottos Pfingsttagung in Weimar.

In Weimar hielten vom 26. bis 28. Mai der Verein für Berthold Ottos Pädagogik und der Bund für inneren Frieden, dessen Obmann Berthold Otto ist, die 6. Volksorganische Tagung. Dazu waren aus ganz Deutschland Männer und Frauen gekommen, denen es ernst ist um Deutschlands Schicksal und die mit ihrem Führer Berthold Otto ringen um einen Weg aus deutscher Not, Rettung suchen und Bahn bereiten wollen für das Bewußtwerden des deutschen Volksgeistes auf den Gebieten der Erziehung und Bildung und auf den Gebieten der deutschen Volkswirtschaft. Darum waren für den 27. Mai auch zwei Referate angelegt. Berthold Otto und die deutsche Erziehung (Studienrat Dr. Muth und Direktor Otto Petras). Daran schloß sich eine sehr rege Aussprache über Wege und Möglichkeiten einer umfassenden deutschen Schulreform in Gegenwart und Zukunft, aus der nur allzu deutlich wurde, daß wir in unserem gesamten deutschen Schulwesen trotz aller Betriebsamkeit und Vielgestaltigkeit (einige 30 Formen der höheren Schulen haben wir in Preußen!), trotz der enorm hohen Zahl neuer Lehr- und Lernbücher („Arbeitsbücher“) von wahrer Schulreform noch weit entfernt sind. Ueber die innere seelische und wirtschaftliche Not sprachen am 28. Mai unter besonderer Berücksichtigung der Dorf- und Kleinstadtgemeinde Pfarrer Kerner und Oberpfarrer Telle. Die sehr rege Aussprache brachte eine Fülle von Beobachtungen volksorganischen Lebens.

Der Jungvolk des Westdeutschen Jungmännerbundes war vom 23.—30. Mai nach Waldeck zu einem „Lager der Tausend“ am Edersee geladen. Ein kühnes Beginnen. Der Gedanke wurde zwar von den wachsenden Jungvolkscharen mit Begeisterung aufgenommen. Er begegnete auch größtem Interesse in der evangelischen Öffentlichkeit, das sich in den Grüßen der Kirchenregierungen von Kurfürsten und Waldeck und in dem Erfolg der Lebensmittelsammlung ausdrückte, die über 300 Zentner ergab. Auch ahnen heute viele Kreise etwas von der wunderbaren Möglichkeit, männliches und zuchtvolles Jugendleben unter den Kräften des Evangeliums zu gestalten. Immer wieder aber kamen im Blick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Fragen der Zweifler: Wird es ein „Lager der Tausend“ werden? Die Antwort ist gegeben. In den letzten Tagen vor Pfingsten stiegen die Anmeldungen für das achtstägige Lager über die Tausend hinaus. Eine fast ebenso große Zahl kam in den Pfingsttagen als Pfingstgäste dazu, sodaß an diesen Tagen vom „Lager der Zweitausend“ gesprochen werden konnte. Staubbedeckt kamen am Pfingstsonnabend Hunderte von Radfahrern aus ganz Westdeutschland in Waldeck an. Von Brilon her rollten mehrere Sonderzüge zum Lager. Eine sorgfältige Organisation ordnete die Masse in Hundertschaften und diese wieder in je 5 Kameradschaften. Rasch wuchs die Zeltstadt mit dem alten Schloß im Hintergrunde aus der Erde. Die sieben Felsklüben bekamen tüchtig Arbeit. Der Lagerarzt und die Lagerpfleger, der Filmopérateur und der Pressemann traten mit dem Führerstab des Lagers ihren Dienst an. Schon bei der Eröffnungsfeier war das große Tagungszelt mit seinen annähernd tausend Sitzplätzen gefüllt. Der Lagerführer, Bundeswart Pastor Juhl, grüßte mit frohem Dank die Gemeinde Waldeck und alle die, die durch ihren Dienst und durch ihr Opfer das Zeltlager möglich gemacht hätten. Der höchste Dank aber gebühre Gott. Drei Zeltplätze sind fest einzuräumen: Die Lagerleitung; Mannhafte Jugend! Die Bitte um Gottes Segen! Die Verheißung, daß Gott neues Leben wecke auch unter deutscher Mannesjugend! Mächtig brauste der Heilruf durch das Zelt. Dann ging es zur ersten Nachtruhe. Ruhig stand der Mond über der Zeltstadt. Ernst grüßte die ragende Burg durch die Dämmerung. Das „Lager der Tausend“ war eröffnet. Seine besondere Prägung erhält es dadurch, daß es unter dem Namen Christus steht.

Jungvolk im „Lager der Tausend“ am Edersee.

Das Jungvolk des Westdeutschen Jungmännerbundes war vom 23.—30. Mai nach Waldeck zu einem „Lager der Tausend“ am Edersee geladen. Ein kühnes Beginnen. Der Gedanke wurde zwar von den wachsenden Jungvolkscharen mit Begeisterung aufgenommen. Er begegnete auch größtem Interesse in der evangelischen Öffentlichkeit, das sich in den Grüßen der Kirchenregierungen von Kurfürsten und Waldeck und in dem Erfolg der Lebensmittelsammlung ausdrückte, die über 300 Zentner ergab. Auch ahnen heute viele Kreise etwas von der wunderbaren Möglichkeit, männliches und zuchtvolles Jugendleben unter den Kräften des Evangeliums zu gestalten. Immer wieder aber kamen im Blick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Fragen der Zweifler: Wird es ein „Lager der Tausend“ werden? Die Antwort ist gegeben. In den letzten Tagen vor Pfingsten stiegen die Anmeldungen für das achtstägige Lager über die Tausend hinaus. Eine fast ebenso große Zahl kam in den Pfingsttagen als Pfingstgäste dazu, sodaß an diesen Tagen vom „Lager der Zweitausend“ gesprochen werden konnte. Staubbedeckt kamen am Pfingstsonnabend Hunderte von Radfahrern aus ganz Westdeutschland in Waldeck an. Von Brilon her rollten mehrere Sonderzüge zum Lager. Eine sorgfältige Organisation ordnete die Masse in Hundertschaften und diese wieder in je 5 Kameradschaften. Rasch wuchs die Zeltstadt mit dem alten Schloß im Hintergrunde aus der Erde. Die sieben Felsklüben bekamen tüchtig Arbeit. Der Lagerarzt und die Lagerpfleger, der Filmopérateur und der Pressemann traten mit dem Führerstab des Lagers ihren Dienst an. Schon bei der Eröffnungsfeier war das große Tagungszelt mit seinen annähernd tausend Sitzplätzen gefüllt. Der Lagerführer, Bundeswart Pastor Juhl, grüßte mit frohem Dank die Gemeinde Waldeck und alle die, die durch ihren Dienst und durch ihr Opfer das Zeltlager möglich gemacht hätten. Der höchste Dank aber gebühre Gott. Drei Zeltplätze sind fest einzuräumen: Die Lagerleitung; Mannhafte Jugend! Die Bitte um Gottes Segen! Die Verheißung, daß Gott neues Leben wecke auch unter deutscher Mannesjugend! Mächtig brauste der Heilruf durch das Zelt. Dann ging es zur ersten Nachtruhe. Ruhig stand der Mond über der Zeltstadt. Ernst grüßte die ragende Burg durch die Dämmerung. Das „Lager der Tausend“ war eröffnet. Seine besondere Prägung erhält es dadurch, daß es unter dem Namen Christus steht.

550 Jahre Kirchengemeinde.

Die Kirchengemeinde in Sonneborn (Lippe) beabsichtigt, am 21. Juni die 550. Jahrfest der ersten Erwähnung ihrer Kirche zu feiern. Im Jahr 1381 schenkte nämlich Graf Heinrich V. von Sternberg und sein Sohn Johann drei Rotten zu Wega, welche bisher eine Rottne des Klosters Lemgo als Leihgedinge besaßen, ihnen aber jetzt heimgefallen seien, der Kirche zu Sonneborn, wofür der Kirchherr jährlich 3 Memorien für sie und ihre Voreltern, des abends Vigilien, des Morgens Messen an bestimmten Tagen halten soll. Für den Festgottesdienst hat

Herr Generalsuperintendent a. D. D. Weigel die Festpredigt zugesagt. Einer seiner Vorfahren, Pastor Friedrich Adolf Weigel, wurde gerade vor 200 Jahren zum Pastor von Sonneborn berufen. Am Saalberg wird Herr Schulrat Schwanold bei den Hünengräbern, von denen eins unlängst durch ihn geöffnet ist, einen Ueberblick über die Vorgeschichte dieser Gegend geben. Die Urgründung in den Hünengräbern zu Füßen, das Hermannsdenkmal vor Augen, die alte Volksburg Herlingsburg in der Nähe, mit dem Rundblick auf Schloß Sternberg, Barntrup, die alte Hansestadt Lemgo und die weite lipplische Landschaft im Westen, die Weserkette im Osten — das alles macht den Punkt geradezu zu einem idealen Festplatz, zumal für ein geschichtliches Heimatfest. Das treffliche Festspiel von dem durch den lipplischen Dorfkalender als Lyriker bekannten Pastor Rupert-Lüdenhausen stellt die germanische Einwanderung von Norden her nach Sonneborn dar. Deklamationen, gesungene Darbietungen usw. werden das Festspiel umrahmen. Im Voraus wird freundlichst zu dem Fest eingeladen.

Verchiedenes.

25 Jahre Verbandsangestellter und Arbeiterführer. Am 1. Juni 1931 konnte der zweite Verbandsvorsitzende des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter, Fritz Köös, auf eine 25-jährige hauptamtliche Tätigkeit im Verbands zurückblicken.

Der Jubilar gehört mit zu der Gründergeneration der christlichen Gewerkschaften. Stets ein mutiger und gewandter Verfechter des christlichen Gewerkschaftsgedankens, hat er sich um die Ausbreitung und Aufwärtsentwicklung des Verbandes große Verdienste erworben. Bei allen Mitgliedern und weit darüber hinaus genießt der Jubilar infolge seines lautereren Charakters und seiner biederen Art Achtung und Ansehen. Er kann auf eine Lebensarbeit im Dienste seines Standes zurückblicken, die ihm immer einen ehrenden Platz sowohl innerhalb des Verbandes wie der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung sichern wird. Mit ihmigem Anteil denkt die christlich organisierte Tabakarbeiterchaft dieses Jubiläums ihres Führers und hat die Hoffnung, daß es dem Jubilar vergönnt sein möge, noch recht lange in bester Gesundheit und geistiger Frische sein Führeramt bekleiden zu können.

Neue Schulungswochen auf der Freusburg. Die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung plant für die nächsten Monate verschiedene Schulungswochen, die Aufmerksamkeit in breiteren Kreisen verdienen. Aus der bisherigen Arbeit hat sich die Notwendigkeit besonderer Freizeiten erwiesen, in denen Mütter mit ihren Kindern Anregungen für die häusliche Arbeit und zugleich Erholung finden. Deshalb findet vom 5. bis 12. 7. auf der Jugendburg Freusburg die 1. Freusburger Mutterwoche statt, die in der nächsten, auf Selbsthilfe eingestellten Form der Freusburger Wochen durchgeführt wird. In ihr wird im besonderen durch Tageslauf und Ausgestaltung auf die Bedürfnisse der Mütter eingegangen. Die 4. Freusburger Woche für neuzeitlichen Gartenbau unter Leitung des Siedlerlehrers Erwald Könnemann schließt sich vom 23. bis 30. 8. an. Hierbei soll wieder in gedanklicher und praktischer Unterweisung ein Einblick in die Zeitkrise und ihre Überwindung durch Gartenbau und Siedlung gegeben werden. Vom 31. 8. bis 6. 9. soll die 12. Freusburger Singwoche unter Leitung von Prof. E. Jos. Müller sein. Anmeldungen werden schon jetzt erbeten. Nähere Auskunft erteilt gegen 50 Pfennig Unkostenbeitrag das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilchenbach in Weßl. Postfach 14.

Bethel.

— Affapheum Bethel. Freitag, den 5. Juni 1931, abends 8 Uhr Musikalischer Abend.

Ausführende: Herr Professor Franz Krüger, Jagott-Virtuose; Vic. P. Wischer, Flöte, J. P. Seiler, Klavier.

Zum Vortrag kommen Werke für Jagott, Flöte und Klavier (Trio von Beethoven, Jagott- und Flötensoli mit Begleitung von Mozart, Handel, Telemann usw.).

Der Eintritt ist frei. Am Schluß Kollekte. Die ganze Gemeinde ist herzlich eingeladen.

Sekretariat: W. Kraus; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Bernhard Gröneveld
Magdalene Gröneveld
geb. Hilgemann
Vermählte

Edardsheim, den 4. Juni 1931.

Wählen Sie für Küche und Büro eine
elektrische Uhr
sie bedarf keiner Wartung. In allen Fabriken erhältlich bei

H. Breder, Uhrmacher

Fernruf 1012 BIELEFELD Glütersloher Str. 14

Pension Schopketal

bei Berlinghausen

Bes. M. Stratemeyer. Direkt am Walde, 1 Min. vom Freibad, schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht, sehr gute Küche, Garten, Liegewiese, Pensionspr. 4.50 Mk.

Zimmer

Einfach möbliert, zum 15. Juni zu vermieten. Wilsch, Stellbrink, Eggeweg 117.

Gläubiger junger Mann sucht

Stellung

irgendwelcher Art, auch Landwirtschaft, in christlichem Hause. Angebote unter A 1611 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension v. 5 Mk. an. Reichsgottesarbeiter erh. Ermäßig. H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Sung. Mädchen, 23 J., sucht sofort

Stellung

Erfahren in allen Hausarbeiten, sowie Kochen und Nähen. In letzter Zeit frauenlosen Haushalt selbstständig geführt. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Angebote erbeten an

W. Lüd, Brediger, Frankenbach, Wehlar-Land.

Nordsee

Erholungsaufenthalt zu günstigen Bedingungen für Erwachsene und Kinder

Illustrierte Prospekte. Gemeindevorsteher Paulsen, Amrum-Norddorf.

Empfehle:

hochf. offtr. Markenbutter (Bauerware) zum Einpacken zu 1.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 1.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 2.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 3.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 4.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 5.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 6.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 7.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 8.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 9.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 10.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 11.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 12.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.05 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.10 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.15 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.20 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.25 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.30 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.35 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.40 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.45 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.50 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.55 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.60 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.65 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.70 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.75 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.80 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.85 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.90 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 13.95 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 14.00 Mk. p. 100 g. (fein. offtr. Butter) zu 14.0